Deutscher Bundestag

19. Wahlperiode 28.03.2019

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Christoph Hoffmann, Alexander Graf Lambsdorff,
Olaf in der Beek, Till Mansmann, Grigorios Aggelidis, Renata Alt,
Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Nicola Beer,
Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann,
Britta Katharina Dassler, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Thomas Hacker,
Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel,
Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung,
Dr. Marcel Klinge, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte,
Bernd Reuther, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta,
Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann,
Katja Suding, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen,
Dr. Andrew Ullmann, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Weltweite Nahrungsmittelproduktion

Im Jahr 2017 haben die Vereinten Nationen (VN) ihre letzten "World Population Prospects" vorgelegt. Aus diesen Weltbevölkerungsprojektionen geht hervor, dass die Weltbevölkerung von etwa 7,6 Milliarden Menschen heute auf ca. 9,8 Milliarden im Jahr 2050 anwachsen wird (Quelle: UN 2017 Revision of World Population Prospects). Diese Entwicklung könnte große Probleme in der Versorgung mit Nahrungsmitteln mit sich bringen, da die Nahrungsmittelproduktion laut VN parallel um etwa 70 Prozent bis 2050 steigen müsste, um den weltweiten Bedarf zu decken (Quelle: Food and Agriculture Organization of the United Nations, FAO).

Die Deutsche Welthungerhilfe e. V. geht davon aus, dass bereits heute mehr als 800 Millionen Menschen an Hunger und etwa 2 Milliarden Menschen an Mangelernährung leiden (www.welthungerhilfe.de/hunger/). Gleichzeitig wird die statistische Ackerfläche pro Erdbewohner immer kleiner und im Jahr 2050 bei etwa 0,15 Hektar liegen (Quelle: FAO). Hinzu kommen durch den Klimawandel bedingte Naturkatastrophen wie Dürren oder Überflutungen, die sich ebenfalls negativ auf die Nahrungsmittelproduktion auswirken. Außerdem werden Ackerflächen zunehmend auch für die Produktion von sauberer Energie genutzt. All diese Faktoren tragen dazu bei, dass die Flächen für die Produktion von Nahrungsmitteln weltweit kleiner werden.

Die steigenden Bevölkerungszahlen, der damit einhergehende steigende Nahrungsmittelbedarf sowie die kleiner werdenden Anbauflächen stellen die Nahrungsmittelproduzenten vor große Herausforderungen. Bisher ist mittels moderner Agrartechnik, Pflanzenzüchtung, Pflanzenschutz sowie Natur- und Kunstdünger das Potential vorhanden, mengenmäßig genügend Nahrungsmittel zu produzieren, um alle Menschen zu ernähren. Innovation und neue Techniken in der

Pflanzenzüchtung werden weitere Möglichkeiten eröffnen. Gerade Entwicklungsländern kommt hier eine besondere Bedeutung zu, denn dort kann durch Verbesserungen im Bereich Ausbildung und Infrastruktur eine höhere Produktivität erreicht werden. Durch die kleiner werdenden Ackerflächen kommt daher der Ertragssteigerung eine besondere Bedeutung zu, die durch besseren Zugang zu modernem Pflanzenschutz, Düngemitteln und Saatgut erreicht werden kann.

Die aktuelle Situation und die Prognosen bieten dennoch Anlass zur Sorge, dass die Ernährungssicherung durch oben genannte Entwicklungen stark beeinträchtigt wird. Um künftigen Engpässen vorzubeugen und eine weltweite Sicherheit der Nahrungsmittelproduktion zu gewährleisten, muss frühzeitig gehandelt und im multilateralen Dialog mit den anderen Staaten versucht werden, eine Lösung für diese dringliche Herausforderung zu finden.

Wir fragen die Bundesregierung:

- 1. Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Prognose der weltweiten Nahrungsmittelproduktion und des weltweiten Nahrungsmittelbedarfs bis 2050 (bitte nach Ländern, Kontinenten und pro Kopf aufschlüsseln)?
- 2. Sieht die Bundesregierung globale Engpässe in der Versorgung mit Nahrungsmitteln?
 - Wenn ja, in welchen landwirtschaftlichen Bereichen, und in welchen Regionen?
- 3. Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die ökonomisch sinnvoll verwertbaren, weltweiten Vorräte an Kalisalzen?
- 4. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Vorräte an verfügbaren und abbaubaren Phosphorvorkommen?
- 5. Wie schätzt die Bundesregierung die Preisentwicklung von NPK-Volldünger aufgrund einer absehbaren Verknappung und der steigenden Energiepreise ein?
- 6. Wie schätzt die Bundesregierung die Folgen eines Phosphormangels ein?
- 7. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Quote des Phosphor-Recyclings in Deutschland?
- 8. Wie prognostiziert die Bundesregierung die Entwicklung der Phosphor-Recyclingquoten?
- 9. Wie entwickelt sich nach Kenntnis der Bundesregierung seit 1990 die landwirtschaftlich bearbeitbare Fläche in Deutschland, Europa und den anderen Kontinenten?
 - Was sind die Hauptursachen für diese Entwicklungen aus Sicht der Bundesregierung?
- 10. Wie prognostiziert die Bundesregierung die landwirtschaftlich bearbeitbare Fläche in Deutschland, Europa und den anderen Kontinenten?
- 11. Wie prognostiziert die Bundesregierung die Entwicklung der Acker- und Bewässerungsflächen in Deutschland, Europa und den anderen Kontinenten?
- 12. Welche bilateralen Projekte unterstützt die Bundesregierung in Entwicklungs- und Schwellenländern, die eine Ertragssteigerung in der landwirtschaftlichen Produktion zum Ziel haben (bitte einzeln, nach Ländern, Finanzierungsvolumen, Haushaltstitel auflisten)?

- 13. In welchem Umfang stellt die Bundesregierung finanzielle Mittel an multilaterale Organisationen für Projekte in Entwicklungs- und Schwellenländern (bitte nach Organisationen, Programmen und Fördervolumen auflisten) bereit, die eine Ertragssteigerung in der landwirtschaftlichen Produktion zum Ziel haben?
- 14. Liegen der Bundesregierung Evaluierungsergebnisse zu ihren Projekten in Entwicklungs- und Schwellenländern vor, die eine Ertragssteigerung in der landwirtschaftlichen Produktion zum Ziel haben?
 - Wenn ja, zu welchem Ergebnis kommen diese (bitte nach Projekten aufschlüsseln)?
- 15. Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit der Einberufung einer Weltbevölkerungskonferenz durch die Vereinten Nationen, um im Dialog mit den anderen Staaten die Problematik der Nahrungsmittelversorgung zu erörtern?

Wird sich die Bundesregierung bei den Vereinten Nationen dafür einsetzen, eine Weltbevölkerungskonferenz einzuberufen, bei der die Problematik der Nahrungsmittelversorgung erörtert wird?

Wenn nein, welches andere (multilaterale) Format ist aus Sicht der Bundesregierung zielführend, um die Problematik der Nahrungsmittelversorgung im Dialog mit den anderen Staaten zu erörtern?

Berlin, den 13. März 2019

Christian Lindner und Fraktion

